

Gemeinsame und solidarische Verantwortungsübernahme für den Klimawandel!

Alle Welt redet von Kopenhagen und den Klimaverhandlungen, vom Scheitern und den großen Erwartungen und davon, dass doch noch nicht alles verloren ist. Die Beteiligten pokern schon jetzt um einen Minimalkonsens - wenn dieser platzt, dann sind entweder die Staats- und Regierungschefs schuld oder aber die interessengeleiteten Industrielobbyisten. Wie gut, dass es die Anderen gibt, denen wir die Verantwortung zuschieben können. Dabei wissen wir eigentlich genau, dass der Klimawandel eng mit unser aller Wirtschafts- und Konsumweise zusammenhängt. Wenn es also um einen aktiven Klimaschutz gehen soll, dann kann dieser eigentlich nicht nach Kopenhagen ausgelagert werden. So unangenehm es ist – jede und jeder Einzelne ist gefordert.

Die Potenziale eines wirksamen Klimaschutzes liegen vor allem im gesellschaftlichen Handeln. Und hier gibt es auch schon jede Menge Ratschläge: wir können unsere Glühlampen auswechseln, unser Haus dämmen, aufs Fahrrad umsteigen, regionale Produkte kaufen, usw. Viele dieser Tipps sind sicherlich sinnvoll, aber sie setzen auch voraus, dass jede und jeder einzelne mitmacht, wir unser Alltagshandeln verändern. Und das fällt schwer, wenn alle anderen - unsere Freunde und Nachbarn - im gleichen Trott weitermachen. Das ist irgendwie unfair und verstärkt die Zweifel, ob das individuelle Handeln tatsächlich so viel bewirken kann.

Aber warum tun wir uns nicht zusammen?

Gemeinsame Ansätze und solidarisches Handeln werden kaum diskutiert, auch wissenschaftliche Analysen beschäftigen sich äußerst selten mit diesen Themen. Hier liegen aber enorme Potenziale für ein nachhaltiges Handeln brach: Es fehlt an Wissen um Energieeinsparungen durch Gemeinschaftsnutzungen, über Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten von Engagierten und Initiativen, über gemeinsames Handeln und nicht zuletzt auch an Geld. In der Vergangenheit wurden solidarische Handlungsansätze nur selten von der Politik und im Ingenieurbüro, sondern von engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus der Zivilgesellschaft entwickelt. Und häufig hatten diese Pioniere des solidarischen Handelns große Schwierigkeiten, ihre Ideen in der Politik durchzusetzen. Auch heute kämpfen viele klimaengagierte Vereine und Initiativen um Anerkennung, bspw. im Rahmen der Lokalen Agenda. Nur wenige Städte haben das Potenzial dieser Aktivitäten erkannt, wie zum Beispiel Heidelberg,

Freiburg und Hannover und fördern sie gezielt. Aber gerade einige dieser Städte haben sehr erfolgreiche Klimaschutzkonzepte vorzuweisen.

Solidarisches Handeln bringt soziale Kontakte und ökonomische Stabilität

Diese Beispiele verdeutlichen, dass Kommunen bzw. lokale Initiativen eine besondere Plattform bieten können, um gesellschaftliche Solidaritätsformen voranzutreiben und zu unterstützen: Aber neben vielfältigen Initiativen, Bürgerbündnissen und sozialen Bewegungsgruppen, die vorrangig der Vernetzung und dem Wissensaustausch dienen, gibt es auch viele solidarische Projekte, die als explizite Gegenstrategien zur Privatisierung kommunaler Betriebe und mit kollektiven Handlungs- und Finanzierungsmodellen entwickelt wurden, Im Mobilitätsbereich gibt es bspw. Car-Sharing-Gemeinschaften und Bürgerbusse. Im Energiesektor gibt es Bürgersolaranlagen. Im Konsum- und Ernährungsbereich gibt es Food-Coops für biologische Nahrungsmittel.

Viele dieser Initiativen sind als Genossenschaften organisiert. Über die gesellschaftliche Integrations- und Innovationskraft von Genossenschaften gibt es allerdings kaum Informationen. Ihr vorrangiges Ziel ist, durch gemeinschaftliche Anstrengung in solidarischer Selbstverantwortung und Selbstverwaltung Lösungen für Probleme ihrer Mitglieder zu finden. Dies ist eng mit Prinzipien der Mitgliederförderung, Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung verbunden. Aktuell werden überall im Land neue Genossenschaften gegründet, aber diese Organisationsform hat in Deutschland und in Europa eine lange Tradition, die Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Anfang nahm. Häufig entstanden Genossenschaften aus einer Notlage heraus. Vor allem die durch die Industrialisierung gefährdeten Wirtschaftszweige griffen zu dieser Organisationsform, so gründeten bspw. Handwerker und Einzelhändler Kreditgenossenschaften oder aber Wohnungssuchende gründeten Wohnungs(bau)genossenschaften. So bildeten Genossenschaften lange Zeit eine Möglichkeit, sich gemeinsam unternehmerisch zu betätigen und gleiche oder ähnliche wirtschaftliche bzw. gesellschaftliche Interessen gemeinsam zu verfolgen. Mit der Einführung eines Europäischen Genossenschaftsgesetzes 2006 und der gleichzeitigen Novelle des Deutschen Genossenschaftsgesetzes wurden außerdem die möglichen Handlungsfelder ausgeweitet: Seitdem steht es eingetragenen Genossenschaften (eG) frei, neben wirtschaftlichen auch soziale oder kulturelle Ziele, einschließlich ökologischer Ziele, zu verfolgen oder gar transnationale Genossenschaften zu gründen.

Klimaschutzgenossenschaften sind die Zukunft

Kürzlich wurden erst die BürgerEnergie Stuttgart eG, die BürgerEnergiegenossenschaft Voralb eG und die Bürger-Energiegenossenschaft Teningen/Baden gegründet. Und auch die Diskussion um die Übernahme der Thüga durch Genossenschaftler und Genossenschafterinnen ging vor einigen Monaten quer durch die deutsche Presse.

Seit einigen Jahren wird das genossenschaftliche Modell aber auch verstärkt für Klimaschutzinitiativen entdeckt, so entwickelt die Genova eG in Freiburg seit 1997 das Vauban-Quartier, und seit 2000 sind mehrere Genossenschaften damit befasst, den neuen Stadtteil München/Riem u.a. nach nachhaltigen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten zu gestalten. Die Möckernkiez-Genossenschaft (i. G.) in Berlin plant in zivilgesellschaftlicher Eigenregie den Bau eines modernen und zugleich nachhaltigen Stadtquartiers am Rand des neu entstehenden Gleisdreieck-Parks.

Es gibt also vielfältige Möglichkeiten, sich gemeinsam für den Klimaschutz zu engagieren. Trotz oder gerade wegen festgefahrener Verhandlungen auf höchsten politischen Ebenen. Gemeinsames Handeln im Zeichen des Klimaschutzes ist eine gute Möglichkeit, un-konventionelle, solidarische Ideen von Ressourcennutzungen und Zusammenleben umzusetzen. Diese können auch in breit wirksamen gesellschaftlichen Veränderungen, hin zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz, münden. Keiner und keine muss das alleine tun!

Frau PD Dr. Heike Walk ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Zentrums Technik und Gesellschaft an der Technischen Universität Berlin sowie Gastprofessorin für Politikwissenschaften am Institut für Gesellschaftswissenschaften der TU Berlin.

Kontakt: walk@ztg.tu-berlin.de

Dr.-Ing. Carolin Schröder ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) TU Berlin

Kontakt: c.schroeder@ztg.tu-berlin.de